



## **Bericht und Beschlussempfehlung**

### **des Bildungsausschusses**

#### **a) Erasmus+ ab 2021: Zielgruppengerechte Programmausgestaltung**

Antrag der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 19/1434

#### **b) Erasmus+ ab 2021: Eine zukunftsorientierte Programmausgestaltung während und nach der Pandemie ermöglichen**

Antrag der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 19/2958

Der Landtag hat den SSW-Antrag Drucksache 19/1434 am 16. Mai 2019 federführend an den Bildungsausschuss und mitberatend an den Europaausschuss überwiesen und den SSW-Antrag Drucksache 19/2958 am 20. Mai 2021 nur an den Bildungsausschuss überwiesen. Die Ausschüsse haben sich mehrfach mit den Anträgen befasst, der Europaausschuss zuletzt am 11. August 2021, der Bildungsausschuss zuletzt am 25. August 2021.

Im Einvernehmen mit dem Europaausschuss und mit Zustimmung des antragstellenden SSW empfiehlt der Bildungsausschuss dem Landtag einstimmig, die SSW-Anträge Drucksachen 19/1434 und 19/2958 für erledigt zu erklären und folgende Beschlussempfehlung zu übernehmen und ihr zuzustimmen:

Der Landtag wolle beschließen:

„Das Erasmus-Programm der Europäischen Union ist seit vielen Jahren ein großer Erfolg, um gerade junge Menschen in Europa näher zusammenzubringen und den europäischen Gedanken zu verankern. Es ist eine gute Nachricht, dass das Budget für Erasmus+ für die kommende Haushaltsperiode deutlich ausgeweitet wurde. Das künftige Budget für Erasmus+ umfasst 24,57 Milliarden € sowie Zusatzmittel in Höhe von 1,7 Milliarden €. Dies entspricht einem deutlichen Aufwuchs gegenüber der vergangenen Programmperiode um circa 11,5 Milliarden €.

Als eines von lediglich zwei Kultusministerien in Deutschland ist das schleswig-holsteinische Bildungsministerium als Konsortial-Einrichtung für Erasmus+ im allgemeinbildenden Schulbereich akkreditiert worden. Damit wird eine wichtige Forderung der Internationalisierungsstrategie erfüllt, die Schulen in ihren internationalen Aktivitäten besser beraten und entlasten zu können. Die Akkreditierung des MBWK schafft eine institutionelle Grundlage für die optimale Nutzung der EU-Fördermittel und ist der Grundstein für die erfolgreiche Umsetzung des neuen Erasmus+-Programms für Schleswig-Holstein.

Darüber hinaus soll die Umsetzung des Programms weiterentwickelt werden. Daher fordert der Landtag die Landesregierung auf, sich für folgende Punkte einzusetzen:

- Der Europäische Rat und das Europaparlament sind sich einig, dass das künftige Programm inklusiver werden muss. Hierfür sind erhöhte Fördermittel sowie Inklusionspläne vorgesehen, die von den Nationalen Agenturen zu entwickeln sind. Schleswig-Holstein sollte sich in diesen Prozess aktiv einbringen.
- Während der Coronapandemie sind im Erasmus+-Programm flexible Mobilitätsmaßnahmen teilweise auch mit improvisierten Teilnahmemöglichkeiten erprobt worden. Diese neuen Wege des Austauschs sollen bewertet werden und diese Erfahrungen in das zukünftige Programm einfließen, wenn diese als zweckmäßig erachtet werden.
- Zukünftig soll eine tatsächlich physische Aufenthaltsphase im Gastland die präferierte Erasmus+-Mobilitätsform bleiben. Die Schulen und Hochschulen sollen dabei unterstützt werden, nach Corona ihr Angebot wieder auszuweiten und neue Partnerschaften zu knüpfen.
- In Hinblick auf das vom Deutschen Bundestag formulierte Ziel, im Jahr 2020 eine Mobilität von 10 % der Auszubildenden zu erreichen, sollen Maßnahmen ergriffen werden, die dieses Ziel auch für Schleswig-Holstein unterstützen.
- In den allgemein- und berufsbildenden Schulen soll eine Internationalisierungsstrategie auf den Weg gebracht werden. Dabei sollen die Datenlage zu den internationalen Aktivitäten der Schulen verbessert, bewährte (Austausch-)Programme gefördert und regionale Partnerschaften gestärkt werden, um Schulen in ihren internationalen Aktivitäten stärker beraten und entlasten zu können und somit zu einer systematischen und nachhaltigen Ausweitung und Steigerung dieser beizutragen. Schülerinnen und Schülern, Lehrkräften und Schulleitungen sollen internationale Kontaktsituationen in Schleswig-Holstein oder im Ausland

ermöglicht werden, um als „global citizens“ auf das Leben und Arbeiten in einer globalisierten Welt vorbereitet zu sein.

- Gerade Lehrkräfte sollen stärker für Auslandserfahrungen motiviert werden. Die Bemühungen des DAAD gerade in der Ausbildung von Lehrkräften, die nicht eine Fremdsprache als Fach studieren, Auslandsaufenthalte zu verstärken, sollen unterstützt werden. Darüber hinaus soll geprüft werden, ob die internationalen Kontaktsituationen auch pädagogischen Fachkräften und Lehrkräften in Ausbildung ermöglicht werden können.
- Das Programm eTwinning soll in Schleswig-Holstein weiter ausgebaut werden. Vor allem Partnerschaften mit Dänemark und im Ostseeraum sollten weiter ausgebaut und unterstützt werden.“

Peer Knöfler  
Vorsitzender